

Werder, den 18. April 2024

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrte Abgeordnete, werte Gäste!

Unsere Haushaltsberatung findet in einer komplizierten, unerträglicherweise durch Kriege geprägten, Gesamtsituation statt.

Der verbrecherische Angriffskrieg von Putin auf die Ukraine hat viele Menschen erschüttert. Wir als LINKE wollen, dass Krieg als Mittel der Politik geächtet wird. Statt noch mehr Waffenlieferungen braucht es Verhandlungen für Waffenstillstand und Frieden. Wir wollen eine friedliche Welt ohne Atomwaffen - dazu haben wir uns als SVV mit unserem Beitritt zum Netzwerk „Majors for Peace“ einstimmig bekannt. Die EU verpflichtet die Staaten, mehr Geld in die Aufrüstung zu stecken. Die Bundesregierung hat schnell 100 Milliarden Euro bereitgestellt.

ABER

Die Kommunen sind seit Jahren für die Fülle der von ihnen zu bewältigenden Aufgaben chronisch unterfinanziert und die Bundesregierung will weitere Aufgaben auf die Kommunen abschieben.

Das macht die Planung auch für unsere Stadt kompliziert, aber nicht unmöglich. Die Nutzung der in den letzten Jahren auf rund 51 Millionen € angewachsenen Rücklagen ist ja genau für diese Situationen gedacht.

Zitat Bericht über die Haushaltswirtschaft sowie Risiken und Chancen Haushaltsjahr 2022 S.33:

*Die in den Überschussrücklagen angesammelten Mittel stehen in den kommenden Jahren als Eigenkapital zur Deckung etwaiger Fehlbeträge im Ergebnishaushalt zur Verfügung. Damit ist der formelle Haushaltsausgleich **mittelfristig** gesichert, so dass Ertragsausfälle und inflationäre Kostensteigerungen vorübergehend aufgefangen werden können.*

Unsere Rücklagen sind also geeignet uns über die Durststrecken in den nächsten Jahren zu bringen.

Die externe Betrachtung der wirtschaftlichen Lage der Stadt hat ein insgesamt hohes Leistungsniveau bescheinigt bei leicht zu niedriger Ertragskraft. Über strategische Ziele und strategische Investitionsplanung haben wir zu diskutieren begonnen. Über die Höhe der Kurtaxe und der Zweitwohnungssteuer könnte neu diskutiert werden.

Wir halten deshalb die Abkehr von einigen, durch uns als Stadtverordnete beschlossenen Vorhaben, als nicht nachvollziehbar.

Wir und auch die anderen Fraktionen haben Änderungsanträge eingebracht, die für uns wesentlich für unsere Zustimmung oder Ablehnung des Haushaltes sind.

Zu unseren Anträgen:

1.

Der Kulturfond wird entsprechend des Beschlusses der 0929/23 der SVV in der Höhe von 30.000 € beibehalten.

Die Vergabekriterien werden unter dem Aspekt der Wirksamkeit und nachhaltigen Resultate der geförderten Projekte für die Stadt und ihre Einwohner weiterentwickelt.

Zur Deckung wird die geplante Inanspruchnahme der Rücklage jeweils um 30.000 € erhöht.

Begründung:

In der SVV im Dezember 2023 wurde einstimmig beschlossen, dass der Kunst- und Kulturfonds, der sich in der zweijährigen Erprobungsphase bewährt hat und sehr gut angenommen wurde, dauerhaft fortgeführt wird. Dieser Beschluss ist im Haushalt zu berücksichtigen. Die dafür erforderliche Erhöhung der in Inanspruchnahme der Rücklage beträgt 0,7 bzw. 0,6 Prozent.

Die Streichung an dieser Stelle ist bei dieser geringen finanzielle Auswirkung nicht nachvollziehbar.

2.

Der seit Jahren geplante Bau öffentlicher Toiletten erfolgt unabhängig davon, ob Fördermittel zur Verfügung stehen oder nicht.

Begründung:

Zitat Erholungsortentwicklungskonzeption beschlossen durch die SVV am 21.09.2023:

„Als weiterer Schwerpunkt zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität ist die Errichtung öffentlicher WC-Anlagen an den touristischen Knotenpunkten in Werder am Plantagenplatz, im Glindower Kietz und am Schlosspark in Petzow zu verfolgen.“

Diese Aufgabe wurde mit Priorität 1 belegt.

Wie im Antragstext steht, wird das Toilettenproblem seit Jahren verschoben – für einem erneuten Kompromiss sind wir nicht bereit.

Genauso wie auch andere Fraktionen vermissen wir den Zukunftshaushalt im Entwurf. Hier unterstützen wir den Antrag der SPD. Ein möglicher Kompromiss wäre für uns der im Wirtschafts- und Finanzausschuss diskutierte Antrag: Reduzierung auf 100.000 € mit Realisierung im Jahr 2025. Leider sieht der gemeinsame Antrag von CDU und Freien Wähler eine noch stärkere Kürzung vor.

3.

Im vorliegenden Entwurf der Haushaltssatzung wurden die Wertgrenzen ab denen wir als Abgeordnete vor der Auszahlung zustimmen müssen gegenüber den bisherigen Satzungen vervierfacht. Ebenso die Höhe der Fehlbeträge, ab der ein Nachtragshaushalt erforderlich ist.

Über die letzten 10 Jahre hat sich das Haushaltsvolumen in etwa verdoppelt, deshalb können wir die Verdopplung der Wertgrenzen mittragen, aber nicht die Vervierfachung.

4.

Die beiden Workshops waren für uns Abgeordnete konstruktiv und hilfreich, aber eben keine Entscheidungsgremien. Die textliche Anpassung, konkret die Streichung des Bezuges auf die Arbeitstagung im März, halten wir für erforderlich.